

Engelberger Edi (RL, NW), für das Büro: Ich beantrage Ihnen im Namen des Büros, den Ordnungsantrag abzulehnen. Das Büro hat dies am Montag, dem 25. Mai 2009, nach einer Diskussion mit bürgerlicher Mehrheit so beschlossen. Das Büro hält am Grundsatz fest, dass die Motionen der Reihe nach, nach Eingabetermin, traktandiert werden, damit nicht einzelne Vorstösse oder einzelne Parlamentarier bevorzugt werden und damit nicht versucht wird, über Ordnungsanträge eigene persönliche Vorstösse zu traktandieren. Dazu kommt, dass es, einmal mehr, eine Mehrbelastung des Parlamentes wäre, wenn wir solche Diskussionen hier zu führen hätten.

Im Weiteren ist das Büro der Ansicht, dass die beiden Vorstösse auch aus inhaltlicher Sicht später behandelt werden können, weil der Bundesrat der Finanzkommission ganz klar zugestimmt hat: Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion 08.3747, und damit muss eine Vorlage ausgearbeitet werden. Im Rahmen dieser Vorlage könnten die beiden anderen Vorstösse dann behandelt werden, wenn ihre Anliegen nicht berücksichtigt worden wären.

Ich beantrage Ihnen also, den Ordnungsantrag mit der bürgerlichen Mehrheit des Büros abzulehnen.

Loepfe Arthur (CEg, AI): Ich bin Kommissionssprecher bei der Motion, die nachher drankommt, «Standortbestimmung zu den Schutzanlagen und Schutzräumen des Bevölkerungsschutzes. Umsetzung des Berichtes». Das ist das, was Sie heute auf dem Programm haben, auf diesem roten Blatt. Diese Motion beinhaltet einen Auftrag an den Bundesrat zur Revision des Gesetzes über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz. Die FK hat dem bereits mit grosser Mehrheit zugestimmt; auch unsere SiK hat diesem Vorgehen zugestimmt, ebenso die SiK des Ständerates. Der Bundesrat wird, wenn Sie diese Motion annehmen, eine Revision vorschlagen, die sehr vernünftig ist und die gegenüber dem, was man jetzt hat, wesentliche Fortschritte bringt. Wenn Sie den Ordnungsantrag annehmen würden, kämen jetzt Einzelmotionen dran, die aber dieser Motion der FK und der SiK widersprechen.

Es ist nur richtig, wenn man dem Bundesrat einen Auftrag gibt, dass er dann zuerst diesen – er entspricht dem Willen von drei Kommissionen – umsetzt. Wenn es so weit ist und die Botschaft hierherkommt, können Sie in diesem Parlament damit machen, was Sie wollen. Sie können sie dann abändern, Sie können auch die Meinung der jetzigen Einzelmotionäre einbeziehen – aber bitte erst dann. Es wäre nicht richtig, wenn man diesen Ordnungsantrag jetzt annehmen würde. Sie können nicht beidem zustimmen: Entweder stimmen Sie der Kommissionsmotion zu oder den beiden anderen Motionen.

Ich bitte Sie, den Ordnungsantrag abzulehnen.

Graber Jean-Pierre (V, BE): Au nom de la Commission des finances, je me vois contraint de vous proposer le rejet des motions Pfister Theophil et Kiener Nellen. Pourquoi cela? Parce que nous ne pouvons pas modifier une motion: soit nous l'adoptons, soit nous la rejetons. Or, sur le fond, la motion de la Commission des finances et les deux motions Pfister Theophil et Kiener Nellen sont incompatibles, il faut choisir entre l'une et les autres.

Ce sont les raisons pour lesquelles je vous prie de rejeter les motions Pfister Theophil et Kiener Nellen.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 08.3691/2512)

Für den Ordnungsantrag Pfister Theophil ... 71 Stimmen

Dagegen ... 101 Stimmen

09.029

WEF 2010–2012 in Davos. Einsatz der Armee im Assistenzdienst

WEF 2010–2012 à Davos. Engagement de l'armée en service d'appui

Erstrat – Premier Conseil

Botschaft des Bundesrates 06.03.09 (BBl 2009 1891)

Message du Conseil fédéral 06.03.09 (FF 2009 1603)

Nationalrat/Conseil national 08.06.09 (Erstrat – Premier Conseil)

Antrag der Mehrheit
Eintreten

Antrag der Minderheit
(Fässler, Kiener Nellen, Lachenmeier, Lang, Lumengo, Müller Geri, Rielle, Voruz)
Nichteintreten

Proposition de la majorité
Entrer en matière

Proposition de la minorité
(Fässler, Kiener Nellen, Lachenmeier, Lang, Lumengo, Müller Geri, Rielle, Voruz)
Ne pas entrer en matière

La présidente (Simoneschi-Cortesi Chiara, présidente): Monsieur Donzé va remplacer Madame Haller comme rapporteur de langue allemande.

Donzé Walter (CEg, BE), für die Kommission: Weil unsere Kollegin Ursula Haller dringend die Sitzung verlassen musste, ersetze ich sie. Erschrecken Sie also nicht, wenn zwei Vertreter der gleichen Fraktion hier vorne sitzen.

Das World Economic Forum (WEF) wurde vom Bundesrat im Jahr 2000 aufgrund seiner Bedeutung für die internationalen Interessen der Schweiz als ausserordentliches Ereignis qualifiziert. Eine ausführliche Würdigung des für die Schweiz ausserordentlich wichtigen Anlasses nimmt primär mein Kollege Pius Segmüller vor. In der Wintersession 2006 hat die Bundesversammlung zum ersten Mal den Einsatz der Armee im Assistenzdienst für drei Jahre genehmigt. Im Gegenzug hat sie im Bundesbeschluss festgelegt, dass das VBS jeweils vor und nach den Jahrestreffen 2007 bis 2009 der Sicherheitspolitischen Kommission Bericht über den bevorstehenden respektive erfolgten Einsatz erstattet. Diese Berichterstattung erfolgte im Februar dieses Jahres in der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates. Aus Sicht der Sicherheitskräfte, der Behörden und der Armee verlief das WEF 2009 erneut reibungslos und in guter Atmosphäre. Es gab weder gravierende Unfälle noch grössere Zwischenfälle.

Die nun vorliegende Botschaft hat der Bundesrat am 6. März 2009 verabschiedet. Die Armee soll den Kanton Graubünden weiterhin im Rahmen eines subsidiären Sicherungseinsatzes mit Leistungen unterstützen, vor allem im Bereich Objekt- und Personenschutz, im Bereich Wahrung der Lufthoheit und Sicherheit im Luftraum sowie in der Logistik, dies insbesondere im Bereich des koordinierten Sanitätsdienstes. Dazu können jährlich bis maximal 5000 Angehörige der Armee, Berufs- und Milizformationen, im Assistenzdienst eingesetzt werden. Diese Einsätze der Armee gehen auf ein Ersuchen der Bündner Regierung um Unterstützung bei der Durchführung des Anlasses zurück. Wir konnten in der Kommission davon Kenntnis nehmen, dass sich die jetzige Lösung zwischen der Armee und den kantonalen Behörden bewährt hat.

Der personelle Umfang soll gleich gross bleiben wie in den letzten Jahren. Die Polizeikräfte werden vom Kanton Graubünden angefordert und entschädigt. An diesen Kosten beteiligt sich der Bund mit maximal 3 Millionen Franken. Im Rahmen dieses Einsatzes entstehen weitere Kosten, die die Armee dem Kanton Graubünden verrechnen kann. In der Vergangenheit wurden sie erlassen, es ist jedoch laut Bundesrat Maurer eine Praxisänderung vorgesehen. Die zusätzlichen Kosten in der Grössenordnung von etwa 1 Million Franken sollen dem Kanton Graubünden in Rechnung gestellt werden.

Die Kommission hat in einer engagierten Debatte den Stellenwert des WEF intensiv, teilweise auch kontrovers diskutiert. So wurden von einer Minderheit die Erfolge des WEF angezweifelt. Auch wurde hinterfragt, ob dieser Anlass tatsächlich geeignet sei, um Kontakte zu knüpfen. Es sei auch nicht Aufgabe der Armee, die Bevölkerung vor Ausschreitungen zu schützen, und es wurde für die Zukunft eine sorgfältige Lageanalyse gefordert. Botschafterin Monika Rühl, Leiterin Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen im Seco, betonte, dass am WEF nicht nur wirtschaftliche, sondern auch Themen aus den Bereichen Menschenrechte, Entwicklungszusammenarbeit, Umweltschutz sowie Klima- und Energiefragen diskutiert würden, dass das Zusammenkommen von Akteuren aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und von Nichtregierungsorganisationen auch für unser Land äusserst wichtig sei. Erwähnt wurde, dass am 8. Februar 2009 die Stimmentenden von Davos mit gut 70 Prozent Jastimmen dem Ausbau des Kongressgebäudes und damit indirekt auch dem WEF für die Zukunft zugestimmt hätten.

Mit 15 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung wurde in der Kommission Eintreten auf die Vorlage beschlossen, und die Anträge Fässler und Lang auf Nichteintreten wurden abgelehnt. Auch der Eventualantrag Fässler, die Genehmigung für den Einsatz der Armee auf ein Jahr zu begrenzen, wurde mit 16 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Im Namen der Kommissionsmehrheit bitte ich Sie, auf das Geschäft einzutreten und die Minderheitsanträge Lang und Fässler abzulehnen.

Segmüller Pius (CEg, LU), pour la commission: Le Forum économique mondial, le WEF, qui se tient tous les ans à Davos est un événement prépondérant pour la Suisse, car il place notre pays, l'espace d'une semaine, au centre de l'économie mondiale et donc de l'attention mondiale. C'est une propagande impayable dans le monde entier, surtout pour le tourisme. Lors de ce forum, dirigeants économiques, responsables politiques, théoriciens précurseurs et non conformistes, dignitaires religieux, stars de la musique et du cinéma, tous se retrouvent pour discuter de l'économie de la planète sans la contrainte d'un ordre du jour et sans l'obligation de parvenir à un résultat. Cette volonté de favoriser les rencontres informelles dégagées de toute tension, qui est la marque de fabrique du forum de Davos, permet à des personnalités de tous bords et de tous horizons de se rencontrer, de se retrouver, d'échanger leurs points de vue, d'entamer le dialogue. C'est en cela que ce forum est important, car là où la parole règne, les armes se taisent. Et lorsque les armes se taisent, il devient possible d'avancer vers un avenir politique et économique, écologique et culturel plein de promesses, et tout simplement parfois d'emprunter le chemin de la paix. Le WEF est d'ailleurs une plate-forme idéale pour nos conseillers fédéraux pour soigner les contacts avec des personnalités du monde entier et pour préparer des décisions importantes pour la Suisse.

Un événement de la taille et de l'importance du WEF exige toutefois un niveau de sécurité élevé qui implique la mise en place de forces policières considérables bien supérieures à celles dont dispose la police du canton des Grisons, y compris à celles qui sont engagées au nom du concordat conclu entre les cantons de Suisse orientale et sur la base de la convention Ikapol qui réunit pourtant toutes les forces de police de Suisse. Pour assurer la sécurité du forum, il est donc nécessaire de faire appel au soutien de l'armée, notamment pour ce qui est du commandement des opérations, de la sur-

veillance de l'espace aérien, des infrastructures et des installations stratégiques. Or les effectifs de l'armée affectés à la surveillance du forum n'ont cessé de diminuer ces dernières années. De même, la présence policière autour de Davos a été nettement réduite. Cela tient au fait que les manifestants qui perturbaient la tenue du forum les années précédentes soit organisaient leurs actions ailleurs en Suisse plusieurs jours avant l'ouverture du Forum, soit se regroupaient et défilaient sans aucun préavis dans l'une ou l'autre ville de Suisse. C'est pourquoi les cantons ont besoin d'une présence policière accrue par rapport aux effectifs nécessaires aux missions de maintien de l'ordre habituelles.

L'armée se définit aussi comme réserve stratégique: cela veut dire qu'elle est le dernier recours en matière de sécurité. Pour garantir une organisation et une mise en place optimales des forces de sécurité dans le cadre du forum, les responsables de la sécurité du WEF, y compris le commandement de l'armée, doivent être en mesure de prendre les devants. Voilà pourquoi nous devons dès à présent prendre une décision quant à l'engagement de l'armée en service d'appui pour les éditions du forum qui auront lieu de 2010 à 2012. La population de Davos ayant déjà montré, en approuvant la rénovation du Palais des congrès, qu'elle souhaitait conserver cette manifestation et les responsables du forum ayant exprimé leur volonté de rester à Davos, il est d'autant plus important que le forum puisse compter sur l'appui de l'armée pour garantir son bon déroulement pendant quelques années encore.

Pour résumer: sans armée, pas de sécurité, et sans sécurité, pas de Forum économique mondial. Il faut souligner que l'engagement de l'armée est temporaire – quinze jours au maximum – et limité en termes d'effectifs: 5000 hommes au plus. Il n'est donc pas possible de prolonger la durée de cet engagement ni d'augmenter les effectifs affectés au forum. En outre, les conditions financières de l'engagement de l'armée ont déjà été définies contractuellement avec le canton des Grisons.

Dans le souci d'assurer la sécurité du Forum économique mondial à moyen terme, je vous demande donc de vous rallier à la proposition de la majorité de la commission.

Fässler-Osterwalder Hildegard (S, SG): Ich möchte Sie bitten, auf dieses Geschäft nicht einzutreten.

Es ist richtig: Wenn gewisse Gäste in unser Land kommen, sind wir nicht nur völkerrechtlich, sondern, wie ich finde, auch sonst verpflichtet, für deren Schutz zu sorgen. Das ist unbestritten, auch von der Minderheit. Aber worum geht es beim WEF denn eigentlich? Wer lädt denn da ein? Es ist nicht der Bund, der eine Einladung macht, sondern es sind Private. Das WEF ist und bleibt eine private Veranstaltung. Wer Gäste einlädt, die man zu beschützen hat, soll dies auch bezahlen. Warum ist das nicht so – das ist meine Frage –, warum kann ein privater Club oder Verein Leute einladen, dann aber nicht verantwortlich gemacht werden, wenn Kosten entstehen? Das ist völlig falsch. Deshalb sollten Sie auf das Geschäft nicht eintreten.

In der SiK wurde gesagt, das WEF sei ein wichtiger Ort der Diskussion und man verstehe nicht, dass die Linken das WEF nicht unterstützten, wo sie doch immer sagten, man solle an internationale Veranstaltungen gehen und dort auch sprechen. Ich bin sofort dafür, dass man das macht. So bin ich zum Beispiel auch immer der Ansicht, dass der Finanzminister an OECD-Treffen gehen sollte, auch wenn er das eben nicht immer tut, aber das sind dann auch offizielle Einladungen von staatlichen Organisationen und nicht von Privaten.

Ich möchte nicht – das im Gegensatz zum französischsprachigen Kommissionsvertreter –, dass wir Geld fürs Sehen und Gesehenwerden ausgeben. Es ist ja geradezu grotesk, wenn hier angeführt wird, dass dort Showstars zu sehen sind. Für Showstars an einer solchen Veranstaltung möchte ich keinen Franken ausgeben. Dafür gibt es ganz andere Gelegenheiten, wir haben Literatur-, Filmfestivals usw. Auch noch damit bluffen zu wollen, dass dann gewisse Showstars in die Schweiz kommen, finde ich völlig daneben, wenn ich

sehe, was das Thema ist. Um wie viel Geld geht es für den Bund? Es geht um 3 Millionen Franken jährlich. Neu ist auch ausgeführt, dass der Kanton Graubünden 1 Million Franken für militärische Ausgaben, die bisher nicht in Rechnung gestellt wurden, bezahlen muss. Ich danke dem Bundesrat, dass er diesmal Transparenz geschaffen hat. Das ist immerhin ein kleiner Fortschritt.

Es wird damit argumentiert, wir zögen einen grossen Nutzen aus dem WEF. Schauen wir einmal genauer hin; erst international: Es ist ein Debattierclub ohne Auswirkungen. 2006 lautete der Titel «Kreativer Imperativ». Was ist da passiert? Einige sind in der Zwischenzeit sehr kreativ geworden und haben Finanzinstrumente kreiert, die uns in das heutige Schlamassel geführt haben; diese Damen und vor allem Herren waren in Davos. 2008 lautete das Thema «Innovation durch Zusammenarbeit». Da ging es um Klimafragen. Davon wurde dann nicht mehr gesprochen. Ich sehe kein Resultat, wir sind weder der CO₂-Verminderung näher noch sonst irgendwie einen Schritt weiter gekommen. Das Thema von 2009: «Die Welt nach der Krise gestalten». Das ist ja zwar sehr seherisch, aber wir sind mitten in der Krise, und ich habe kein Rezept gesehen, das im Januar von Davos aus in die Welt hinaus gegangen wäre. Weder wurde die Krise vorhergesehen, noch wurde Gegensteuer gegeben, noch wurden international durchsetzbare Lösungsvorschläge kreiert.

Dass es eine Friedensveranstaltung sei, ist mir auch neu.

Und wo sind die Vorteile national? Ich weiss, dass es für Bundesrätinnen und Bundesräte eine gute Gelegenheit ist, dort Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern zu treffen. Aber wo ist denn der Gewinn wirklich, wenn zum Beispiel Frau Bundesrätin Leuthard Herrn Gurria trifft und man nachher in der Schweiz nicht weiss, dass die OECD weiterhin Druck auf das Bankgeheimnis machen wird? Wo ist der Nutzen, wenn Herr Bundespräsident Merz Herrn Geithner trifft und nachher keine Ahnung hat, was mit dem UBS-Deal passiert, oder wenn er seinen Kollegen anrufen will und nicht einmal einen Termin bekommt? Was nützen dann diese Treffen? Da meine ich, diese Treffen müssten, wenn schon, etwas besser vorbereitet werden.

Kurz: drinnen die Hauptversager, draussen die Hauptleidtragenden; drinnen reden sie über Klimawandel, draussen kreisen die Helikopter.

Ein Mitglied der SiK hat zu Recht festgestellt: Wir entscheiden nicht über die Durchführung des WEF, weder die SiK noch der National- oder der Ständerat. Aber eigentlich habe ich gemeint, hier drin gelte meist die Devise: «Wer zahlt, befiehlt.» Hier ist das bei Weitem nicht so: Wir zahlen, zu befehlen haben wir nichts.

In diesem Sinn bitte ich Sie, nicht auf die Vorlage einzutreten. Das WEF kann trotzdem durchgeführt werden. Wenn Sie schon eintreten, bitte ich Sie, die Finanzierung des Einsatzes höchstens noch für das Jahr 2010 zuzulassen.

Perrin Yvan (V, NE): Madame Fässler, vous avez parlé d'événement privé et vous avez dit: «Qui paie, commande!» Je vous rejoins sur ce point de vue, mais est-ce que l'«Euro 2008» n'était pas aussi une organisation privée?

Fässler-Osterwalder Hildegard (S, SG): Doch. (*Heiterkeit*)

La présidente (Simoneschi-Cortesi Chiara, présidente): Le groupe UDC et le groupe libéral-radical soutiennent la proposition de la majorité et rejettent toutes les propositions de minorité.

Maurer Ueli, Bundesrat: Man kann das WEF toll oder weniger toll finden – wie auch immer. Es ist aber eigentlich auch nicht die Frage, wer hier einlädt oder was herauskommt. Der Grundsatz gilt, dass der Staat für Sicherheit und Ordnung zu sorgen hat, und er verfügt über das entsprechende Monopol. Eigentlich spielt es im Grundsatz keine Rolle, wer einlädt. Der Staat fragt auch beim 1. Mai, beim Eishockeyspiel oder beim Fussballmatch nicht, wer eingeladen hat, sondern er

hat dann seine Mittel einzusetzen und für Recht und Ordnung zu sorgen.

In Bezug auf das WEF hat der Kanton Graubünden den Bund um Unterstützung ersucht. Das WEF wird durchgeführt, und die Mittel des Kantons und der Polizeikonkordate genügen nicht. Der Bundesrat ist der Meinung, dass das WEF ein ausserordentliches Ereignis ist, und damit sind in diesem Zusammenhang die Voraussetzungen für einen Assistenzdienst gegeben, wie sie im Militärgesetz festgelegt sind.

Die Zusammenarbeit hat nun während mehreren Jahren gespielt. Es ist auch nicht einfach nur eine Nullachtfünfehn-Übung, die wieder abläuft, sondern es ist eine entsprechende Analyse der Bedrohung vorzunehmen, und die Polizei und das Militär prüfen, was zu tun ist, und setzen entsprechende Mittel ein. Wir haben jetzt bewusst vorgesehen, die bisher auf Gesuch des Kantons Graubünden erlassenen Mittel in Rechnung zu stellen. Wir möchten damit erreichen, dass eine sorgfältige Planung durchgeführt wird und nicht einfach Material und Einsätze auf Vorrat bestellt werden. Es herrscht ja oft das Prinzip «eh da» – im Militär ist es eh da, das Material; es kostet also nichts. Wir möchten signalisieren: Einsätze sind sorgfältig zu planen, zu prüfen und durchzuführen. Auch Material und Militär, das angeblich ohnehin da ist, kostet entsprechendes Geld. In diesem Sinne wird auch im Hinblick auf das WEF 2010 eine Lageanalyse vorgenommen. Es wird geprüft, was tatsächlich gebraucht wird. Es wird abgewogen, mit der Polizei, mit dem Polizeikonkordat. Das Militär stellt die Mittel zur Verfügung, die notwendig sind, um die Sicherheit zu garantieren.

Das Ganze findet ja im Rahmen eines WK statt; das Ganze richtet sich nach internationalen Normen, beispielsweise was den Schutz oder die Einschränkung des Luftraums betrifft. Es sind in diesem Zusammenhang interessante Übungen für das Militär. Verbindungen müssen während Tagen stehen, bei extremen Verhältnissen und Kälte. Es ist nicht nur eine Übung, die Stunden dauert. Das Militär profitiert durchaus von diesem Assistenzdienst, weil Material und Leute auf längere Zeit im Einsatz stehen und alles auch entsprechend funktionieren muss.

Die jährlichen Mehrkosten von 1,5 Millionen Franken für das VBS sind vertretbar. Das Seco bezahlt 900 000, und etwa 600 000 gehen zulasten des VBS. Wir sind der Meinung, dass diese Kosten vertretbar sind. Das WEF ist ein Ereignis, das weltweit Beachtung findet. Es würde wohl kaum verstanden, wenn die Armee diesen Sicherheitseinsatz nicht leisten würde und das WEF nicht durchgeführt werden könnte. Wie gross der Imagegewinn ist, kann man durchaus fragen, aber es wäre zweifellos ein Imageverlust, wenn die Schweiz die Sicherheit und die Durchführung des WEF nicht garantieren könnte. Die Schweiz würde in ein Feld von Staaten abrutschen, mit denen wir in diesem Zusammenhang, in Bezug auf Garantieleistungen für die Sicherheit, nicht verglichen werden möchten.

Ich bitte Sie also, auf dieses Geschäft einzutreten. Es ist ein vernünftiger Einsatz, der hier stattfindet. Die Armee ist der zivilen Führung unterstellt. Sie leistet einen Assistenzdienst, der interessant ist, der vertretbar ist und der zumindest verhindert, dass die Schweiz einen Imageverlust einfährt. Persönlich bin ich durchaus der Meinung, dass es für die Schweiz ein gutes Zeichen ist, wenn sie die Sicherheit für einen Anlass wie das WEF garantieren kann, und zwar in einer Art und Weise, die nie zu Beanstandungen, zu Bemerkungen Anlass gegeben hat.

Donzé Walter (CEg, BE), für die Kommission: Da Sie jetzt wieder zahlreicher anwesend sind, möchte ich als Kommissionssprecher doch noch ganz kurz auf den Antrag der Minderheit Fässler zu sprechen kommen. Wissen Sie, wir haben uns hier lautstark darüber aufgehalten, dass die Schweiz nicht am G-20-Gipfel beteiligt war. Das WEF findet in der Schweiz statt. Ich verzichte auf Ausführungen über die Spannung zwischen Öffnung und Nationalismus, zwischen Globalisierung und Heimatliebe. Hier entscheiden wir ja nur über den Einsatz der Armee, nicht über die Frage «WEF – ja

oder nein?». So zumindest hat es Ihre Kommission ausgedrückt.

Ich bin froh, dass Frau Fässler die Verpflichtung zum Schutz der wichtigen Personen bei uns nicht bestreitet. Der Rat entscheidet aufgrund eines Begehrens des Kantons Graubünden. Deshalb empfehle ich Ihnen Eintreten auf die Vorlage und Zustimmung zum Antrag der Mehrheit.

La présidente (Simoneschi-Cortesi Chiara, présidente): Le groupe PBD soutient la proposition de la majorité. Nous votons maintenant sur la proposition de non-entrée en matière de la minorité Fässler.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 09.029/2517)

Für Eintreten ... 117 Stimmen

Dagegen ... 56 Stimmen

Bundesbeschluss über den Einsatz der Armee im Assistenzdienst zur Unterstützung des Kantons Graubünden bei den Sicherheitsmassnahmen im Rahmen der Jahrestreffen des World Economic Forum 2010–2012 in Davos und weitere Sicherheitsmassnahmen
Arrêté fédéral sur l'engagement de l'armée en service d'appui au profit du canton des Grisons dans le cadre des mesures de sécurité lors des rencontres annuelles du World Economic Forum 2010–2012 de Davos et sur d'autres mesures de sécurité

Detailberatung – Discussion par article

Titel

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Lang, Fässler, Kiener Nellen, Lachenmeier, Lumengo, Müller Geri, Rielle, Voruz)

... im Rahmen des Jahrestreffens des World Economic Forum 2010 in Davos ...

Titre

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Lang, Fässler, Kiener Nellen, Lachenmeier, Lumengo, Müller Geri, Rielle, Voruz)

... lors de la rencontre annuelle du World Economic Forum 2010 de Davos ...

Lang Josef (G, ZG): Herr Bundesrat Maurer hat vorher gesagt, man könne das WEF mehr oder weniger toll finden. Da hat er sicher Recht – aber immer ist es ein Tollhaus. In Thomas Manns «Der Zauberberg» macht der Romanheld gleich bei seiner Ankunft im schönen Davos eine Entdeckung, «die auf irgendeine Weise beklemmend und seltsam anmutet»: Die Menschen auf dem Berg reden sonderbar. Sie sagen immerfort: «Wir hier oben», wie wenn sie nicht bloss Patienten eines Sanatoriums, sondern eine besondere Bruderschaft wären.

«Wir hier oben» – das war auch das elitäre Selbstverständnis der WEF-Bruderschaft. Diese Bruderschaft – die männliche Bezeichnung ist durchaus zu begründen – wurde inzwischen gründlich entzaubert. Viele der Betriebe und Banken dieser Bruderschaft befinden sich als teure Patienten auf öffentlichen Intensivstationen. Wer vom letzten Jahr etwas gelernt hat, weiss: Das WEF ist Teil des Problems, nicht der Lösung.

Sie haben vorher entschieden, das sich in Planung befindende WEF 2010 zu schützen. Sie haben die Argumente des Bundesrates gehört. Bei meinem Minderheitsantrag geht es darum, es bei der Unterstützung für das Jahr 2010, das in Planung ist, zu belassen. Dieser Entscheid ist nämlich

ein Schutzentscheid, irgendwie ja noch nachvollziehbar. Wenn Sie aber beschliessen, diesen Entscheid für 2011 und 2012 zu fällen, dann entscheiden Sie etwas anderes, dann entscheiden Sie, dass Sie das Signal aussenden wollen, dass das WEF, diese Privatveranstaltung, auch in Zukunft stattfinden soll. Und das ist nicht in unserer Kompetenz. Der Herr Bundesrat selber hat vorher gesagt, es gehe primär um die Sicherheit. Also, bleiben wir bei der vorher beschlossenen Sicherheit, und senden wir nicht das Signal aus, dass wir das WEF, das einige mehr oder weniger toll finden, weiterhin haben wollen.

Kollega Segmüller hat vorhin auf Französisch den schönen Satz gesagt: «... car là où la parole règne, les armes se taisent.» Aber wir wissen auch: Kriege werden mit Worten, vor allem mit Worten hinter geschlossenen Türen, vorbereitet. Es ist kein Zufall, dass eine Schlüsselperson des WEF – sie ist es schon seit Langem und noch heute – die Kriegsgurgel Nummer zwei der letzten zehn Jahre ist, nämlich Tony Blair. Die da oben sind spätestens seit letztem Herbst kein «aussergewöhnliches Ereignis» mehr, zumindest nicht im positiven Sinne des Wortes.

Blieben Sie also beim vorherigen Entscheid, das private WEF schützen zu wollen, senden Sie aber nicht den Wunsch aus, dass das WEF 2011 und 2012 durchgeführt werden soll; das ist nicht unsere Sache.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 09.029/2518)

Für den Antrag der Mehrheit ... 114 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 50 Stimmen

Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Préambule

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Lang, Fässler, Kiener Nellen, Lachenmeier, Lumengo, Müller Geri, Rielle, Voruz)

... des Jahrestreffens des World Economic Forum 2010 in Davos wird genehmigt.

Art. 1

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Lang, Fässler, Kiener Nellen, Lachenmeier, Lumengo, Müller Geri, Rielle, Voruz)

... lors de la rencontre annuelle du World Economic Forum 2010 de Davos est approuvé.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 3*Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit(Lang, Fässler, Kiener Nellen, Lachenmeier, Lumengo, Müller Geri, Rielle, Voruz)
Streichen**Art. 3***Proposition de la majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité(Lang, Fässler, Kiener Nellen, Lachenmeier, Lumengo, Müller Geri, Rielle, Voruz)
Biffer*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit**Adopté selon la proposition de la majorité***Art. 4, 5***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 6***Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit(Lang, Fässler, Kiener Nellen, Lachenmeier, Lumengo, Müller Geri, Rielle, Voruz)
... vor und nach dem WEF 2010 Bericht über den Einsatz der Armee.**Art. 6***Proposition de la majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité(Lang, Fässler, Kiener Nellen, Lachenmeier, Lumengo, Müller Geri, Rielle, Voruz)
Avant et après la rencontre annuelle du WEF 2010, le DDPS fait rapport ...*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit**Adopté selon la proposition de la majorité***Art. 7***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté**Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble**(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 09.029/2519)*

Für Annahme des Entwurfes ... 114 Stimmen

Dagegen ... 55 Stimmen

08.3747

Motion FK-NR.**Standortbestimmung
zu den Schutzanlagen
und Schutzräumen
des Bevölkerungsschutzes.
Umsetzung des Berichtes****Motion CdF-CN.****Etat des lieux concernant
les constructions protégées
et les abris de protection
de la population.
Mise en oeuvre du rapport***Diskussion – Discussion**Einreichungsdatum 05.09.08**Date de dépôt 05.09.08*

Nationalrat/Conseil national 19.12.08

Nationalrat/Conseil national 08.06.09

Graber Jean-Pierre (V, BE), pour la commission: Le 5 septembre 2008, la Commission des finances de notre conseil a déposé la motion 08.3747, «Etat des lieux concernant les constructions protégées et les abris de protection de la population. Mise en oeuvre du rapport». Par cette motion, la commission demande au Conseil fédéral de proposer au Parlement les bases légales nécessaires à la réalisation de l'option 2 pour les abris, les constructions protégées et les abris pour les biens culturels. Cette option 2 est l'une des six options retenues par le Conseil fédéral dans son rapport du 7 mars 2008 «Etat des lieux concernant les constructions et les abris». En résumé, les propositions matérielles de la motion sont les suivantes: pour les abris dans les maisons d'habitation, les homes et les hôpitaux, l'option 2 prévoit de conserver l'obligation générale de construire en l'imposant toutefois aux seuls bâtiments comptant plus de 77 pièces; les contributions de remplacement qui peuvent se substituer à l'obligation de construire sont en outre fortement réduites, elles seront désormais versées aux cantons.

L'option 2 vaut ensuite pour les constructions protégées. Par constructions protégées, on entend les postes de commandement, les postes d'attente, les centres sanitaires protégés et les unités d'hôpital protégées. Pour ces constructions, l'option 2 ne prévoit aucune nouvelle construction. Elle implique bien plutôt la réduction du nombre des postes de commandement. Par ailleurs, elle garantit l'exploitation, l'entretien et la réparation de l'ensemble de ces constructions. Concernant les biens culturels, l'option 2 assure la pérennité de leur protection conformément aux dispositions de la Convention de La Haye de 1954 pour la protection des biens culturels en cas de conflit armé et du second protocole de 2004. Cet acte prévoit que des lieux sûrs doivent être mis à disposition pour les collections importantes. Nuance par rapport au statu quo, la Confédération ne financera que les nouvelles constructions destinées aux biens culturels d'importance nationale, et non plus régionale.

La motion 08.3747 de la Commission des finances de notre conseil résulte d'un long processus qui trouve son origine dans une motion de la même commission «Etat des lieux concernant les constructions protégées et les abris» déposée le 18 novembre 2005. Le Conseil fédéral a proposé de l'accepter le 2 décembre 2005; notre conseil l'a suivi le 16 mars 2006, le Conseil des Etats le 18 décembre de la même année.

Cette motion exige quatre choses du Conseil fédéral: élaborer à l'attention du Parlement un rapport présentant différents scénarios relatifs aux constructions protégées et aux abris; évaluer les implications financières des différents scénarios; envisager la désaffectation ou le changement d'affectation de certains ouvrages de protection; établir des